

Bei den Küstenfishern bleibt die Skepsis

SCHLEPPNETZVERBOT CDU-Politikerinnen treffen sich mit Fischern in Neuuharlingersiel – Keine Planungssicherheit

VON JULIA DITTMANN

NEUHARLINGERSIEL – „Ein Verbot der Grundschleppnetze würde den Todesstoß für die Krabbenfischer bedeuten“, sagte Gitta Connemann am Montag beim Runden Tisch „Küstenfischerei“. Dazu hatte sie gemeinsam mit ihrer Parteikollegin Anne Janssen eingeladen. Weitere Gäste waren die Bundestagsabgeordnete Astrid Damerow und die Landtagsabgeordnete Saskia Buschmann (alle CDU). Sie wollten ihre Unterstützung für die Küstenfischer verdeutlichen und deren aktuelle Stimmung abfragen.

Skepsis bei den Fischern

Dass Bundesfischereiminister Cem Özdemir (Grüne) bei der Agrarministerkonferenz in Büsum ebenfalls die Krabbenfischer gestärkt hat, habe zwar hoffnungsvoll gestimmt, sagte Damerow, reiche aber noch nicht für eine vollständige Erleichterung. Es fehle eine klare Ansage auf der Umweltseite im Bundestag zum EU-Aktionsplan. Der sieht nämlich ein Verbot für grundberührende Schleppnetze ab 2024 bzw. 2030 in Meerschutzbereichen vor. Die



Trafen sich in Neuuharlingersiel zum Runden Tisch: (v. l.) Phillip Oberdörffer, Margarethe Nowicki, Nils Schröder, Jürgen Peters, Saskia Buschmann, Anne Janssen, Astrid Damerow, Gitta Connemann, Kai-Arne Schmidt, Günter Klever, Dirk Sander, Anton Bruhns, Dieter Hullmann und Andreas Eden.

BILD: JULIA DITTMANN

Kommission hat allerdings auf Nachfrage erläutert, dass es kein automatisches oder vollständiges Verbot der Grundfischerei ab März 2024 geben wird.

Die Vertreter der Fischerei zeigten sich da ähnlich skeptisch wie Damerow. „Wir haben die Zwischentöne wahrgenommen. Das Ding ist noch nicht vom Tisch“, sagte etwa

Phillip Oberdörffer von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen. Der Tenor des Abends: Den Fischern fehlt Planungssicherheit – auch über 2030 hinaus, wie Dirk

Sander, Vorsitzender im Verband der Deutschen Kutter- und Küstenfischer, betont.

Das sich Politikerinnen und Politiker, wie an diesem Abend von der CDU, interes-

siert zeigen und offen sind, freut Phillip Oberdörffer, wie er auf Nachfrage erklärt. Er habe bereits Gespräche mit Vertretern aller Parteien geführt. Man müsse nun sehen, wer am Ende wirklich unterstützt. Entspannt sei die Situation für die Küstenfischerei schon nicht mehr, seit es das Nationalparkgesetz (2001) gibt.

Am Ball bleiben

Einig waren sich Politikerinnen und Fischer am Montagabend, dass weiterhin alle auf das Problem aufmerksam machen müssen. Am 24. und 25. April findet in Hamburg die EU-Konferenz „Restore our Ocean and Waters by 2030: The Baltic and North Sea lighthouse in action“ statt. „Da geht es nicht um Fischerei, aber es kommt der zuständige EU-Kommissar“, erklärt Oberdörffer. Der Kommissar ist Virginijus Sinkevicius, und die Fischer hoffen, dass er ein Gespräch entweder mit ihnen oder den Bürgermeistern der Küstenorte führen wird. Die CDU-Politikerinnen haben derweil angekündigt, die Sorgen der Fischer in ihre Gremien mitzunehmen und die noch offenen Fragen den Regierungen zu stellen.